Berliner Zeitung

ÖFFNUNG ZUR AFD?

„Unsere Geduld ist am Ende": Ostdeutsche Unternehmer rechnen mit Merz-Regierung ab

Die Unternehmerverbände in Ostdeutschland senken bei der Bewertung der Merz-Regierung die Daumen. Dennoch zeigen sich die ostdeutschen Unternehmer trotz Krise kämpferisch und selbstbewusst.

Immo von Fallois

27.11.2025 C 27.11.2025, 19:28 Uhr

200 Tage haben die Unternehmer in Deutschland der seit Mai 2025 amtierenden CDU/SPD-Regierung Zeit zum Handeln gegeben. In diesen Tagen ziehen nun viele Verbände aus der Wirtschaft Bilanz, mit zum großen Teil schlechten Noten. Daher erstaunt, dass jetzt die Unternehmerverbände aus Ostdeutschland und Berlin bei ihrem Parlamentarischen Abend zu einem differenzierteren und mutigeren Blick nach vorne überzeugen konnten.

So zeigt Burkhard Greiff, der Präsident des Unternehmensverbandes in Berlin und Brandenburg, am Abend in der Landesvertretung Sachsens klare Kante: ,,Der ostdeutsche Unternehmer ist seit 35 Jahren transformationserfahren. Daher wird er mit der aktuellen Krisensituation besser als im Westen klarkommen." Der Osten sei eine Mittelstandsregion und flexibel, während der Westen sehr an der Großindustrie hänge. So gewinne derzeit Brandenburg an Wirtschaft, während Berlin verliere.

Gegenüber der AfD pragmatisch und gesprächsoffen

Gegenüber der Alternative für Deutschland zeigt sich Greiff kritisch: ,,Diese Partei ist wirtschaftsfeindlich und für uns ein No-Go. Aber wir sind gesprächsoffen, wenn die AfD anklopft und laden sie nicht aus." Damit spielt er auf die jüngste Entscheidung des Verbandes der Familienunternehmer an, der sich Gesprächen mit der AfD nicht mehr verschließen will. Ähnlich sieht es Dietrich Enk, der Präsident der Unternehmerverbände in Sachsen: ,,Mit den Linken und Rechten ist es schwierig. Aber es gibt bei uns kein Verbot eines Diskurses."

Enk mahnt allerdings in der lebhaften Podiumsdiskussion eine „dramatische Reform für die Wirtschaft des Mittelstandes" an. ,,Der Bund muss endlich wissen, dass wir das Rückgrat der deutschen Wirtschaft sind. In Berlin kümmert man sich um die Großindustrie, aber den Mittelstand verliert man aus den Augen." Dieser Wirtschaftszweig benötige schnell einen umfassenden Abbau von Bürokratie und die Senkung der Energiepreise. ,,Die Situation des Mittelstandes in Sachsen ist dramatisch." Man sei aber seit Jahrzehnten gewohnt zu kämpfen.

Sein Kollege Axel Metzner, Präsident der Unternehmerverbände in Thüringen, fügt einen wichtigen Aspekt hinzu: ,,Während es in großen Teilen Deutschlands Nullwachstum gibt, wächst hier die Ökonomie langsam nach oben." Auch Thüringen würde hauptsächlich vom Mittelstand leben und sei daher auch auf umfassende Reformen angewiesen. überall bestehe ein Fachkräftemangel, die Lage sei jedoch besser als die Stimmung.

Der Strompreis ist zu hoch. Die Geduld mit Merz am Ende

Burkhard Greiff weist mit drastischen Worten auf die Rekordschulden des Bundes hin. ,,Hier wurde getrickst und genehmigt." Der Industriestrompreis sei mit 17 Cent viel zu hoch und könnte den Mittelstand in die Knie zwingen. Er sei zu einem riesigen Standortnachteil in Deutschland geworden.

Der Bundeskanzler habe gerade wieder „Geduld, Geduld und nochmals Geduld" eingefordert. „Dafür fehlt uns die Zeit. Unsere Geduld ist langsam am Ende. Es muss gehandelt werden." Der Daumen wurde bei der Bewertung der ersten 200 Tage der neuen Regierung gesenkt: ,,Da gab es so viel Hoffnung. Nun gibt es viel Ernüchterung und Enttäuschung".

,,Wir fahren derzeit die Karre gegen die Wand"

Besonders deutlich wurde Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut in München: ,,Wir haben ein viel zu schwaches Wachstum. Die aufgeblähte Bürokratie ist ein Irrsinn. In Berlin müssen endlich die Alarmglocken schrillen. So wie die Regierung derzeit uneinig ist und agiert, fahren wir die Karre gegen die Wand."

Der ostdeutsche Mittelstand, so wurde an diesem Abend deutlich, bleibt trotz Kurzarbeit, schlechterer Auftragslage und zu hohen Energiepreisen selbstbewusst. ,,Wir schaffen den Wohlstand in Ostdeutschland", war das gemeinsame Motto. Jedoch sei die Lobby der kleinen Unternehmen in Berlin zu schwach, man müsse viel mehr anklopfen. Gegenüber der AfD gibt man sich erstaunlich pragmatisch. Man lehnt die Partei zwar ab, aber verweigere sich nicht kommenden Gesprächen.

Der Vertrauensverlust ist riesig

Dramatisch bleibt der Vertrauensverlust gegenüber der gegenwärtigen Bundesregierung. Wenn die Großindustrie, wie gerade etwa von BASF angekündigt, ihr Geschäft vermehrt ins Ausland verlagert, sollte man in Berlin endlich aufwachen. Die Großindustrie, so ist zu hören, gehe vermehrt aus Deutschland fort, während der Mittelstand überwiegend treu die Stellung halte. Für den ostdeutschen Mittelstand scheint jedoch die Bundesregierung gefangen zu sein in ihrer Blase der gegenseitigen Selbstbehauptung.

Einerseits. Andererseits scheint für die praktisch denkenden Unternehmer die gesamtdeutsche Bürokratie inzwischen so stark, dass sie gar nicht so schnell abzubauen sei. Dennoch gibt man sich trotzig und kämpferisch. ,,Trotz allem Stillstand krempeln wir die Ärmel nach oben", ist auf den Fluren zu hören.

Auf den Punkt brachte es am Ende der Unternehmer Gerald Rynkowski, Chef des Unternehmens Veinland GmbH mit Sitz in Neuseddin: ,,Die Politik soll uns nicht ins Geschäft reinquatschen und uns ständig bevormunden. Wir als Mittelstand machen schon unsere Arbeit. Darauf ist Verlass."

Dieser Artikel wurde auf berliner-zeitung.de veröffentlicht.